Rüdiger Kauroff
SPD Landtagsabgeordneter für Garbsen und die Wedemark

Wahlkreisbüro
Odeonstraße 15/16
30159 Hannover

Tel: 0511-1674 348
buero@kauroff-spd.de
www.rüdiger-kauroff.de

Landtagspost August 2023: Neues aus dem Parlament

Liebe Genossinnen und Genossen,

eigentlich wollte ich mich erst im September zurückmelden, aber es ist viel passiert. Sowohl im Landtag in Hannover als auch in der Bundespolitik ging es in die Sommerpause. Insbesondere mit Blick nach Berlin war diese eher mit allgemeiner Erleichterung begonnen. Und vielleicht ist damit nicht nur die Hoffnung verbunden, endlich mal wieder durch zu schnaufen, sondern auch einmal in Ruhe darüber nach zu denken, wie es gerade um unsere Gesellschaft bestellt ist.

Eigentlich wollte ich mich erst im September zurückmelden, aber es ist viel passiert. Sowohl im Landtag in Hannover als auch in der Bundespolitik ging es in die Sommerpause. Insbesondere mit Blick nach Berlin begann diese eher mit allgemeiner Erleichterung. Vielleicht ist damit nicht nur die Hoffnung verbunden, endlich mal wieder durchzuatmen, sondern auch in Ruhe darüber nachzudenken, wie es gerade um unsere Gesellschaft bestellt ist. Am Ende dieses Halbjahres steht ein Zuspruch für die AfD, der zu Jahresbeginn kaum vorstellbar erschien. Wenn derzeit eine weitere Umfrage die AfD vor der SPD sieht, scheint das kaum mehr eine besondere Nachricht zu sein. Allein dieser Umstand spricht dafür, dass da gerade etwas gehörig schief läuft. Die Entwicklung auf das Heizungsgesetz zu reduzieren, das nun bereits seit drei Monaten die Diskussion dominiert, greift aus meiner Sicht deutlich zu kurz. Es ist eher ein Beispiel für eine Problematik, die weit darüber hinausgeht.

Wir leben in einer Zeit grundlegender Veränderungen: Klimawandel, Globalisierung, Digitalisierung, Krieg in Europa, Zuwanderung und vieles mehr geschehen gleichzeitig und prasseln geradezu auf unsere Gesellschaft ein. Dass viele Bürgerinnen und Bürger darauf mit Sorge und Verunsicherung reagieren, ist nicht überraschend, sondern schlichtweg verständlich. Sie können jedoch kaum Einfluss darauf nehmen, so ist ihr Eindruck, und auch die demokratischen Institutionen vermögen es derzeit offenbar nicht, vorhandene Sorgen und Befürchtungen aufzulösen. Das bildet die Grundlage, auf der immer mehr Menschen unserer Demokratie zunehmend kritisch begegnen. Die Debatte um das Heizungsgesetz scheint der beste Beleg für diese Sichtweise zu sein. Am Anfang stand ein Gesetzesentwurf, auf den die Öffentlichkeit in keiner Weise vorbereitet worden war, obwohl das Thema erhebliche praktische Folgen für fast alle Bürgerinnen und Bürger hat. Anschließend ein monatelanger, öffentlich zelebrierter Streit innerhalb des Regierungslagers, dem Außenstehende vielfach kaum folgen konnten. Und zum Abschluss des Halbjahres liegt immer noch keine Entscheidung vor, da das Bundesverfassungsgericht das Gesetzgebungsverfahren vorerst gestoppt hat. Dass der Gesetzesentwurf in der Zwischenzeit erheblich verbessert wurde, dringt dabei kaum noch durch.

Es gab genug Anlass zum Nachdenken und genug Grund, daraus zu lernen. Zum Beispiel, dass interne Streitigkeiten großen Schaden anrichten können, wenn sie in aller Öffentlichkeit ausgetragen werden. Regierungen müssen bei der Vorbereitung und Begründung von Vorhaben sorgfältig vorgehen und ausreichend Zeit für die Diskussion geben. Vor allem müssen sie berechtigte Kritik schon im Vorfeld aufnehmen und ihre eigenen Vorstellungen dementsprechend ändern. Kurzum: Das Vertrauen in die Institutionen stärken und gleichzeitig die Erfahrung ermöglichen, dass eine konstruktive Diskussion etwas bewirken kann. All das, auch was sich jetzt nach der Sommerpause im Bund zwischen FDP und Grünen abzeichnet, nützt der CDU in den Umfragen nichts, während die AfD davon profi-

tiert. Die meisten derjenigen, die derzeit Sympathien für rechtsaußen äußern, glauben selbst nicht, dass die AfD die bestehenden Probleme besser löst. Aber immerhin wird sie als ein Ventil angesehen, um den eigenen Unmut zum Ausdruck zu bringen. Damit kommen wir zu einem weiteren Thema, das mich in den letzten Tagen sehr beschäftigt hat: der Landesparteitag der rechtsextremen AfD in Celle. Ich war bei der Gegendemo vor Ort. Doch worum geht es?

Die AfD hielt um den 19. August herum ihren Landesparteitag in Celle ab. Celle ist jedoch kein ruhiges Refugium für die AfD. Wir setzen uns für ein freies, demokratisches Miteinander ein. Wir treten einer vielfältigen und entschlossenen Allianz entgegen und ergreifen Initiative. Celle ist bunt! Das hat auch ein breites Bündnis aus zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteuren deutlich gemacht. 1500 Menschen haben lautstark der AfD und ihrer Politik eine Absage erteilt. Als im Kern faschistische Partei verbreitet die AfD anhaltend und offen nationalistische und rassistische Hetze, Islamfeindlichkeit und Antifeminismus, Antisemitismus und Antiziganismus sowie andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Sie relativiert die Verbrechen des Nationalsozialismus und verändert die Erinnerungskultur. Die AfD verleumdet demokratische Vereinigungen ebenso wie soziale Einrichtungen. Sie leugnet den menschengemachten Klimawandel und führt einen Kampf gegen die Freiheit von Wissenschaft, Kultur und Medien. Sie spaltet die Gesellschaft, bekämpft die Gleichberechtigung, schürt Hass und Hetze. Die AfD will ein „Europa der Vaterländer“ und meint dabei nationalistische Abgrenzung. Sie trägt diese Politik ins Europaparlament, in den Bundestag sowie in die Landes- und Kommunalparlamente. Die Folgen zeigen sich in der wachsenden Normalisierung von Ausgrenzung, Gewalt und Terror sowie in zunehmenden Angriffen auf Geflüchtete, jüdische und muslimische Gemeinden sowie Menschen mit Migrationsgeschichte und politisch Andersdenkende. Die AfD ist der parlamentarische Arm des rechten und rassistischen Terrors.

Wir setzen uns für ein vielfältiges, solidarisches, sozial gerechtes Europa ein. Lasst nicht zu, dass diese Partei unwidersprochen einen symbolträchtigen Landesparteitag in Celle abhält! Wir fordern die Stadtgesellschaft, den Rat und die Verwaltung der Stadt auf, sich gegen den Parteitag und seine Inhalte auszusprechen. Kommt, setzen wir vor und während des Parteitages in Celle vielfältige und kreative Zeichen. Zeigen wir alle gemeinsam, dass die AfD, ihr hetzerischer Politikstil und ihr politisches Programm nicht willkommen sind! Und dennoch ist eins wichtig: Nicht alle AfD-Wählerinnen und Wähler sind Nazis. Natürlich wissen inzwischen alle im Jahr 2023, was es bedeutet, der AfD seine Stimme zu geben. Trotzdem ist nicht jede abgegebene Stimme automatisch Ausdruck eines tief verwurzelten menschenfeindlichen Gedankenguts. Wir leben in einer Welt voller Veränderungen. Jobs verändern sich oder fallen weg, der Klimaschutz stellt unbequeme Anforderungen an die Menschen und die Gesellschaft, die Inflation frisst Wohlstand auf - es gibt viel. Und die Menschen haben Ängste. Daher liegt es in der Verantwortung der Politik - sowohl auf Bundesebene als auch in den Ländern -, verlässliche und nachvollziehbare politische Schritte zu unternehmen und die Menschen mitzunehmen. Politik muss Perspektiven schaffen und Ängste abbauen, anstatt Perspektiven zu berauben und Ängste zu schüren.

Das ist die Aufgabe aller politisch Aktiven, um den Menschen wieder eine Heimat - am besten bei uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten - zu geben. Lasst uns zusammen dafür kämpfen!

Euer Rüdiger Kauroff